

FORMAT-
Blick in die
Zukunft: Die
harten Ver-
handlungen
um die Zu-
kunft der
Pensionen
werden
Schüssel und
Gusenbauer
altern lassen.



SOZIALES

Kahlschlag bei den Renten

Pensionen. Die Pensionsreform wird zum beherrschenden Kernthema der Koalitionsverhandlungen. Schon jetzt steht fest: Die harten Einschnitte werden sowohl die Klientel von SPÖ als auch ÖVP treffen.



Minister Bartenstein: „Es ist sinnlos, eine Gruppe nach der anderen zu verprellen.“

Ein Beispiel für die drastische Ungerechtigkeit des bestehenden Pensionensystems hat der Wiener Pensionsexperte Bernd Marin rasch zur Hand:

„Eine Richterswitwe streift derzeit 14mal im Jahr satte 6.200 Euro Pension ein – und lebt dann vielleicht auch noch in einer spottbilligen Friedenszinswohnung.“

Franz Kohmaier, Mitglied der Pensionsreformkommission, hält locker mit: „Wie marod das System ist, zeigt sich etwa bei einem Beamtenehepaar. Der Mann war Sektionschef und seine Frau ebenfalls Beamtin. Beide haben zusammen Anspruch auf 8.500 Euro Rente pro Monat und wissen nicht, wohin mit dem Geld.“

FEINDBILD BEAMTE. Für Beamte im Ruhestand, die sorglos die Welt bereisen oder ihre Enkelkinder verwöhnen wollen, werden die Zeiten ungemütlicher. Denn im neuen Jahr mehren sich die politi-

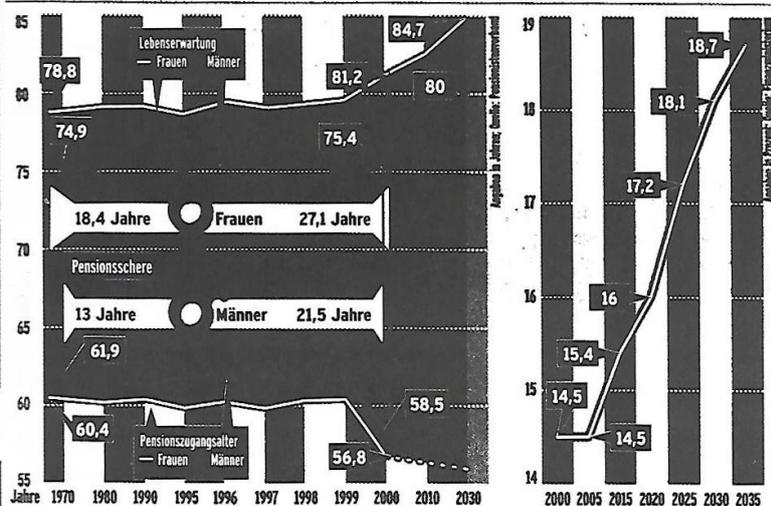
schen Begehrlichkeiten auf ihre wohlverwobenen Ansprüche: SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer etwa will den ehemaligen Staatsdienern in die Taschen greifen, um den allzu üppigen staatlichen Geldregen umzuverteilen. Und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hat bereits den für hohe Bezüge passenden, öffentlichkeitswirksamen Begriff geprägt: „Übergenuß“.

Der Grund für die drohende Jagd auf die gutbestallten grauen Panther: Die Reform des maroden Pensionensystems ist vorrangiges Ziel des Kabinetts Schüssel II – und damit neben Gesundheit, Verstaatlichte, Verfassung und Bildung Knackpunkt bei den laufenden Sondierungsgesprächen (siehe Kästen Seite 38).

Über den Reformbedarf bei den Pensionen herrscht dank der demographischen Realität längst Einigkeit: Die Alten werden immer älter, die Jungen immer weniger. Für den Staat heißt das, seine Zu-

„Übergenuß“ wird zum Modewort der Koalitionsgespräche.

Problemfall Pensionen: Die Altersschere geht auf



Die demographische Pensionsschere öffnet sich weiter, die Menschen leben länger und ziehen sich früher in den Ruhestand zurück. Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter liegt bei 58 Jahren, obwohl der Gesetzgeber 65 Jahre vorsieht. Der Grund: 50 Prozent der Pensionsantritte sind Arbeitslose und/oder Krankenständler.

Derzeit verschlingt die Altersvorsorge 14 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung des Landes. Bis 2030 könnte sie auf 18,7 Prozent anwachsen. Ein Plus von 9 Milliarden Euro.

schüsse zu den Pensionen neu zu kalkulieren, andernfalls ruiniert der finanzielle Aufwand das Budget: Während derzeit auf einen Rentner vier Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) kommen, werden es 2025 nur noch drei und 2050 gar nur noch zwei sein (siehe Grafik).

„Wir brauchen weitgehende Maßnahmen, nach denen zwanzig Jahre lang eine Ruhe ist“, platzte deshalb Alfred Gusenbauer in die heiklen Verhandlungen mit dem potentiellen Regierungspartner. Bundeskanzler Schüssel war das keineswegs neu: Er präsentierte in seinem Zehn-Punkte-Programm zur Regierungsbildung Vorschläge zur Rentenreform, die etwa die Vereinheitlichung der Pensionsysteme und die Abschaffung der Frühpensionen vorsehen.

„**SOLIDARITÄTSBEITRAG**“. So groß die Einigkeit zwischen SPÖ und ÖVP über den dringenden Handlungsbedarf ist, so unterschiedlich sind die Wege zum Ziel. Während die FPÖ zu den schwarzen Vorschlägen vorausseilend ja und amen sagt, liefern sich Rot und Schwarz Scharmützel. Vor allem Gusenbauers Vorstoß war eine Provokation für eine schwarze Kernzielgruppe. Der SPÖ-Chef will Beamte mit einem Ruhebezug über der ASVG-Höchstpension zur Ader lassen. „Es ist legitim, darüber nachzudenken, ob Leute mit hohen Pensionen auch einen Solidaritätsbeitrag leisten können“, rechtfertigt sich der SPÖ-Chef. Experten werfen Gu-

senbauer deshalb Populismus vor. Franz Kohmeier: „Wenn wir ein paar zehntausend Beamten wenige Prozent ihrer Pensionen wegnehmen, bringt das wenige Millionen Euro. Die Lücke ist aber viele Milliarden groß.“

Die Schwarzen wiederum setzen beim Überdenken der ASVG-Pensionen am liebsten dort an, wo gewöhnlich die Sozialdemokraten aufschreiben. Eine noch von der alten Regierung unter Leitung des Sozialrechtsexperten Theodor Tomandl eingesetzte Reformkommission war zu dem einfachen Schluß gekommen, daß unter dem Strich alle mehr einzahlen und weniger herausbekommen müßten – also auch die Kleinverdiener.

Trotz solcher Angriffe fallen die Proteste der Gegenseite zur Zeit erstaunlich verhalten aus. „Es ist unsinnig, jetzt mit Einzelforderungen eine Gruppe nach der anderen zu verprellen. Wir müssen zuerst ein umfassendes Programm erarbeiten“, weist Wirtschaftsminister Martin Bartenstein zwar Gusenbauers Beamtenvorschläge zurück.

Experte Marin: „ÖVP und SPÖ müssen auch zu ihren eigenen Wählern grausam sein.“



Für alle Zukunft ausschließen will der schwarze Minister den Vorschlag aber nicht. Offen sagt auch VP-Chef Schüssel, daß man über viele Maßnahmen diskutieren, aber nicht unbedingt in dieser Ecke anfangen müsse.

Daß Gusenbauer nur von Fritz Neugebauer, dem obersten Beamtenengewerkschafter, eine eindeutige Absage bekam, liegt wohl am gemeinsamen Problembewußtsein aller Beteiligten. „SPÖ und ÖVP wissen, daß sie auch den eigenen Wählern Grausamkeiten antun müssen. Sie bereiten sich lediglich darauf vor, die Verantwortung dafür dem jeweils anderen Regierungspartner zuzuschieben“, sagt Sozialwissenschaftler Marin.

Einig sind sich Experten und Politiker, daß bei der Sicherung der Pensionen bei den Beamten begonnen werden muß. Derzeit gibt es insgesamt zwei Millionen Pensionen und nach Einberechnung von Doppelbezügen 1,8 Millionen Pensionisten. Nur 13 Prozent davon waren pragmatisierte Beamte, aber diese Gruppe sackt mit zehn Milliarden Euro 46 Prozent aller staatlichen Pensionszuschüsse ein. Angesichts der demographischen Realität ein Faß ohne Boden.

Der neue politische Lösungsansatz, lautet „einheitliches Pensionssystem für alle“. So steht es auch in Wolfgang Schüssels Zehn-Punkte-Kompodium für die Regierungsbildung. Gemeint ist die Abschaffung von Beamtenprivilegien aus Kaisers Zeiten: der Pensionsantritt mit 80 Prozent des Letztbezugs (statt 80 Prozent der besten 15 Jahre wie im ASVG) und keine Höchstpension wie bei den Angestellten.

HÜRDE HÖCHSTGERICHT. Beamte, die schon im Ruhestand sind, kratzt das wenig. Sie wissen zu gut, daß sie der Verfassungsgerichtshof (VfGH) schützt. Eingriffe in bestehende Pensionen werden von den Höchststrichern nur dann akzeptiert, wenn sie den Lebensstandard nicht spürbar beeinträchtigen. Und dann sind sie für das Budget nicht relevant. Pensionseinbußen hätten nur neu eintretende Beamte zu verschmerzen oder aktive, die sich durch ein höheres Gehalt ab sofort zu einem Wechsel in ein neues System überreden ließen.

Mit Maßnahmen bei den Beamten allein wird es daher nicht getan sein. Das weiß auch Bundeskanzler Schüssel. Er hat bereits eine weitere harte Maßnahme vorgeschlagen: Das tatsächliche Pensionsantrittsalter (58 Jahre) soll dem gesetzlichen (65 Jahre) angepaßt werden. Das be- ▶

chterswitwe kassiert 6.200 Euro Pension.